

grunliberale

NEWSLETTER

Nr. 12 vom 29. Juni 2014

Grünliberale Partei Kanton St.Gallen

sg@grunliberale.ch

www.sg.grunliberale.ch

INHALT

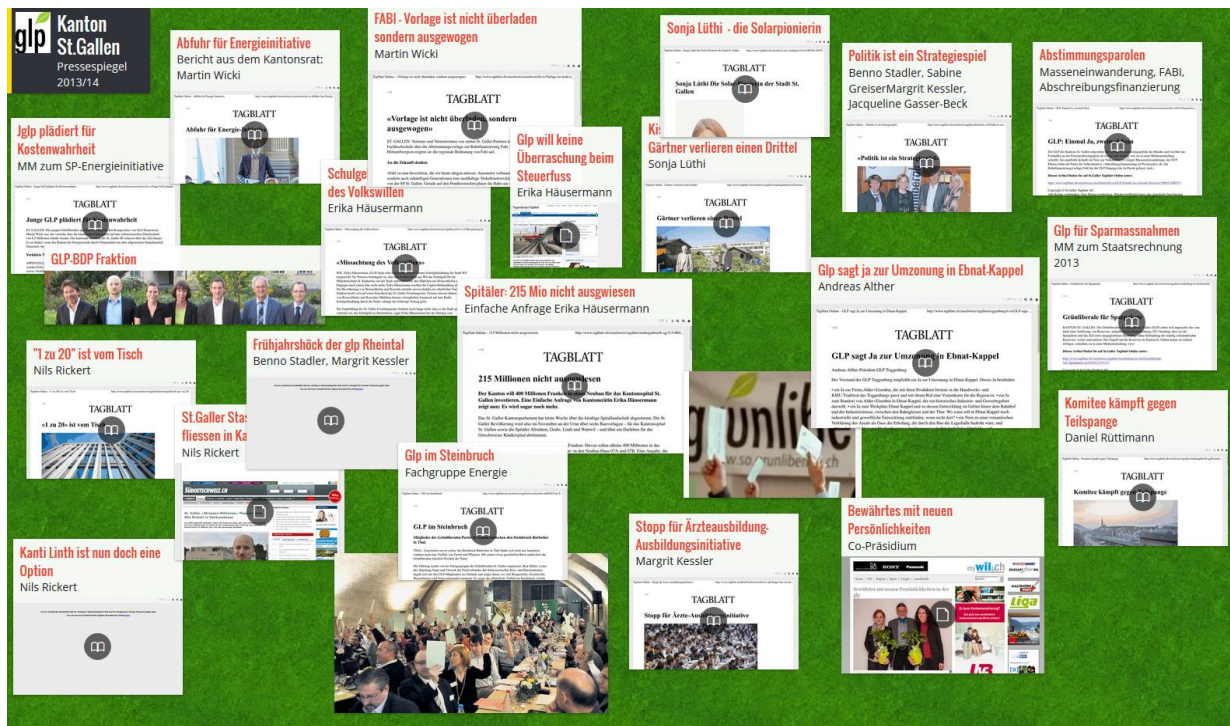
EDITORIAL	2
AUS DEM NATIONALRAT	3
PARLAMANTARISCHE INITIATIVE „RISIKOSELEKTION DURCH DIE KRANKENKASSEN VON PATIENTEN MIT TEUREN MEDIKAMENTEN SOLL UNTERBUNDEN WERDEN“	3
«MEHR AUSBILDUNGSPLÄTZE IN DER HUMANMEDIZIN — STOPP DEM DROHENDEN ÄRZTEMANGEL!»	4
AUS DER KANTONS RAT	5
MILLIARDENKREDIT FÜR SECHS SPITÄLER	5
DIE GLP/BDP-FRAKTION IN WEITERBILDUNG	5
WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN	6
STADT ST.GALLEN	6
STADT WIL	8
WAHLKREIS WERDENBERG	9
FACHGRUPPEN	9
FACHGRUPPE ENERGIE / UMWELT / RAUMPLANUNG	9
AGENDA	10
AKTUELLE KANTONALE VOLKSINITIATIVEN	10
IMPRESSUM	10

EDITORIAL

Liebe Mitglieder und Sympathisanten

Gut in die Fussball-WM gestartet und auf direktem Weg in die Sommerferien wollen wir es nicht versäumen Euch über die Ereignisse der letzten Wochen zu informieren.

Die Mitgliederversammlung der glp des Kantons St.Gallen bot eine reichhaltige Rück- und Ausschau auf unsere vielseitigen Aktivitäten.



<http://de.padlet.com/igb/glp2014>

Mit Andreas Alther, Krummenau, Marcel Wessner, Grabs, Marianne Schmitt-Brühlhart, Walzenhausen und Sonja Lüthi, St.Gallen wurden zudem gleich vier neue Vorstandsmitglieder gewählt. Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen freuen wir uns über die Verstärkung!

Es grüssen Euch herzlich

Werner, Michelle und Jacqueline
Co-Präsidium glp Kanton St.Gallen

AUS DEM NATIONALRAT

Von Margrit Kessler, Nationalrätin Grünliberale

Parlamentarische Initiative „Risikoselektion durch die Krankenkassen von Patienten mit teuren Medikamenten soll unterbunden werden“

Einen Erfolg konnte ich mit der am 14.3.2013 eingegeben Parlamentarischen Initiative (Pa.lv.), „Risikoselektion durch die Krankenkassen von Patienten mit teuren Medikamenten soll unterbunden werden“ verbuchen.

Assura-, Intra-, Supra- oder Sanagate-Versicherte bezahlen teure Medikamente nicht direkt. Die PatientInnen müssen die Medikamente in der Apotheke selbst bezahlen und erhalten die Kosten erst nachträglich gemäss dem System Tiers garant rückerstattet. Das bringt Kranke in Schwierigkeiten. Ganz perfid wird es, wenn die Krankenkassen den Betrag erst drei Monate später ausbezahlen. Aus der Sicht der Grünliberalen ist das Risikoselektion. Deshalb forderte ich eine KVG-Revision.

Schwerkranke Menschen, wie HIV-Kranke oder Krebspatienten, benötigen Medikamente, die mehrere tausend Franken monatlich kosten können. Zur Krankheit kommen noch die finanziellen Sorgen hinzu.

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-NR) hat der Pa.lv. Kessler mit 17 gegen 4 Stimmen zugestimmt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-SR) unterstützt den Beschluss der Schwesterkommission einstimmig (13 zu 0). Heute sind noch rund 12 Prozent der Versicherten bei den Medikamenten im System des Tiers garant. Die Schwesterkommission kann nun eine Gesetzesvorlage ausarbeiten.

So macht Politik Freude und gibt mir als Gesundheitspolitikerin Mut weitere Vorstösse im Interesse der Patienten auszuarbeiten!

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130411



«Mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin — Stopp dem drohenden Ärztemangel!»

Laut Bericht vom 10. Januar 2013 (08.3608) haben wir im Ausbildungsangebot im Bereich der Humanmedizin akuten Handlungsbedarf. Studierende der Universität St. Gallen hatten das Problem erkannt und lancierten eine Volksinitiative. Leider mussten sie aber frühzeitig aufgeben, weil ihnen die Finanzen fehlten, um die notwendigen 100`000 Unterschriften zusammen zu tragen. So habe ich als Nationalrätin am 20. März 2014 den Initiativ-Text ein wenig abgeändert und ihn in eine Parlamentarische Initiative (Pa.Iv.) umgewandelt. Im Nationalrat haben nicht weniger als 71 Parlamentsmitglieder über alle Parteien hinweg diese Pa. Iv. unterschrieben. Nachdem am 9. Februar 2014 die Masseninitiative angenommen wurde, finden es viele Politiker notwendig, dass wir etwas unternehmen und mehr Ausbildungsplätze für Medizinstudenten zur Verfügung stellen. Einfach wird es diese Pa. Iv nicht haben, weil eine Verfassungsänderung notwendig ist. Es ist auch gut möglich, dass sie beim Ständerat Schiffbruch erleidet. „Aber wer nichts wagt, der gewinnt auch nichts“, ist meine Devise!

Meine Begründung:

In der Schweiz melden sich jährlich über 3000 MaturandInnen, die ein Medizinstudium absolvieren möchten. Es stehen aber gesamtschweizerisch nur 900 Ausbildungsplätze zur Verfügung!

Laut Bericht wurden hingegen im Zeitraum zwischen 2005 – 2010 53 Prozent der eidgenössischen und anerkannten Weiterbildungstitel an Ärzte vergeben, die kein Schweizer Staatsexamen absolviert haben. Jungen SchweizerInnen wird somit ein gleichberechtigter Zugang zu diesem Arbeitsmarkt verwehrt.

Um das heute verfügbare Arbeitsvolumen mit in der Schweiz ausgebildeten ÄrztInnen weitgehend zu halten, müssten unter Berücksichtigung der Verluste und des abnehmenden Beschäftigungsgrades in der Schweiz in der Zukunft zwischen 1200 - 1300 Ärztinnen und Ärzte pro Jahr ausgebildet werden. Die Kantone sind offenbar nicht in der Lage, ein entsprechendes Ausbildungsangebot bereit zu stellen, weshalb eine neue subsidiäre Bundeskompetenz gerechtfertigt ist.

Wie notwendig dieser Vorstoss ist, zeigt folgendes Beispiel: In den Jahren 2012 und 2013 wurden 14 Fachärzte in die Gesellschaft für Urologie aufgenommen. Davon haben im Jahr 2012 zwei und im Jahr 2013 drei das Schweizer Staatsexamen absolviert. Es kann nicht sein, dass wir aus unseren Nachbarländern gut ausgebildete Ärzte abziehen und unsere jungen Menschen müssen Studienplätze für Medizin in Ungarn und Polen suchen. Dass sich das nur gut betuchte Eltern leisten können ist klar!

Den Text der Verfassungsänderung ist unter folgendem Link auffindbar:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140407

AUS DER KANTONS RAT

Von Erika Häusermann , Fraktionspräsidentin GLP/BDP-Fraktion

Milliardenkredit für sechs Spitäler

Das wichtigste und umstrittenste Geschäft in der Junisession war die 2. Lesung und die Schlussabstimmung zum Milliardenkredit für die sechs Spitalvorlagen.

Die Meinungen in der Fraktion zu den sechs Spitalvorlagen waren geteilt. Die Kollegen der BDP haben bei der Schlussabstimmung den regierungsrätlichen Vorlagen zugestimmt.

Die GLP Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben die Vorlagen für das Kantonsspital St. Gallen, Wattwil und Linth einstimmig befürwortet, die Vorlage für die Sanierung des Spitals Altstätten 4:1 abgelehnt und dem Neubau für Grabs 4:1 zugestimmt.

Das Ergebnis der Schluss-Abstimmung im Kantonsrat für Altstätten war knapp: 64: 41

Das qualifizierte Mehr bei den Schlussabstimmungen beträgt jeweils 61 Stimmen.

Regionalpolitische Überlegungen und wohl auch die bevorstehenden Nationalratswahlen haben den Ausschlag gegeben, dass auch die Bauvorlagen für die Spitäler im Rheintal angenommen worden sind. Besonders die KantonsrätInnen aus dem Toggenburg hätten eine Retourkutsche für das Spital Wattwil befürchtet, wenn sie die Bauvorlagen in Altstätten und Grabs abgelehnt hätten.

Unserer Nationalrätin und Leiterin der Fachgruppe Gesundheit Margrit Kessler gebührt Gratulation und Dank dafür, dass sie Ihre Linie verfolgt, ohne sich von bevorstehenden Wahlen beeinflussen zu lassen. Sie wird für die kommende Volksabstimmung weiterhin für eine gesundheits- und finanzpolitisch nachhaltige Lösung, nämlich für ein Schwerpunktspital im Rheintal kämpfen.

Die GLP/BDP-Fraktion in Weiterbildung

Am 10 Mai hat sich die Fraktion in den Räumen des Finanzdepartements zu seiner ersten internen vierstündigen Fraktionsweiterbildung getroffen. Thema: Kantonaler Finanzhaushalt und Finanzhaushaltsrecht.

Der Generalsekretär des Finanzdepartements Flavio Büsser führte uns kompetent durch die etwas trockene aber für einen Kantonsparlamentarier sehr wichtige Materie.

Einige Stichworte:

- Laufende Rechnung / Investitionsrechnung
- Finanzleitbild
- Budgetausgleich / Schuldenbremse
- Freies und besonderes Eigenkapital
- Finanzvermögen / Verwaltungsvermögen
- Neue und gebundene Ausgaben
- Budgethoheit des Kantonsrates
- Finanzaufsicht

WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN

Stadt St.Gallen

Mitgliederversammlung glp Stadt St. Gallen

Die glp der Stadt St. Gallen hielt ihre Mitgliederversammlung am 23. April ab. Rückblickend war 2013 sowohl im politischen Engagement der städtischen Grünliberalen als auch für deren öffentliche Wirkung ein erfolgreiches Jahr. Als Ziel für 2014 wird nebst Konsolidierung und Fortsetzung des Erarbeiteten mittels personeller Verstärkungen eine vergleichbare Entwicklung bei jenen Themen angestrebt, wo die städtischen Grünliberalen noch weniger wahrnehmbar sind.

Dabei kommt den neu geschaffenen thematischen Arbeitsgruppen eine zentrale Rolle als innovative 'Think-Tanks' zu. Das Ziel der Arbeitsgruppen ist es, die drei Pfeiler der Nachhaltigkeit abzudecken. Mit den Themenbereichen Umwelt, Gesellschaft/Soziales und Wirtschaft/Finanzen möchte die Stadtpartei in ihrer Themenvielfalt noch breiter werden und ihr Profil schärfen. Die Arbeitsgruppe Wirtschaft/Finanzen soll als letzte nach den Sommerferien lanciert werden. Im jeweiligen Wirkungsbereich greifen die Arbeitsgruppen auch Anliegen und Ideen der Mitglieder und der Öffentlichkeit auf, wie sie beispielsweise über die Website www.stgallen.grunliberale.ch eingehen.

Von Daniel Rüttimann, Präsident Grünliberale Stadt St.Gallen

Positionsbezug zur „Flade“

Seit der Kantonsrat den Beitrag an die Katholische Kantonssekundarschule „Flade“ im 2013 gestrichen hat, ist es unklar wie sich die Flade in Zukunft finanzieren soll. Die Flade erwartet, dass die Stadt St. Gallen die nun ungedeckten Kosten übernimmt.

Da sich die Flade in verschiedener Hinsicht von einer städtischen Schule unterscheidet, sind wir nicht einverstanden, jährlich die fehlenden Millionen ohne Bedingungen in die Flade einzuschiessen. Unterschiede finden sich beispielsweise bei der Trägerschaft, diese ist der Katholische Konfessionsteil und nicht die Stadt St. Gallen. Weiteres Beispiel: die Flade führt keine Realschule und kann ihre Schüler wie eine Privatschule auslesen.

Wir befürworten eine monetäre Beteiligung der Stadt also nur unter Bedingungen. Hauptbedingung sind Aufnahmekriterien, welche denjenigen der städtischen Volksschulen gleichgesetzt sind und allen Schülerinnen und Schülern Chancengleichheit gewähren. Die Flade müsste Schüler unabhängig ihrer Glaubensausrichtung zulassen und bereit sein, eine Realschule ohne Aufnahme- und Auswahlkriterien einzuführen. Bei Schulplätzen, welche von der Stadt finanziert werden, dürften auch finanzielle Beiträge der Eltern kein Aufnahmekriterium mehr sein.

Die finanzielle Beteiligung der Stadt sollte nicht wie bis anhin eine Pauschalzahlung an die Flade sein. Die Beiträge müssen von der Anzahl städtischer Schülerinnen und Schüler an der Flade abhängig sein und maximal so hoch sein, wie die Stadt für einen Schüler an einer eigenen Schule ausgibt. Überdies ist es der glp ein Anliegen, dass die Stadt nicht zu Sonderzahlungen für zukünftig notwendige Investitionen an die Flade verpflichtet werden kann und auch keine Schulplätze ausserstädtischer Schüler mitfinanziert.

Falls sich mehr Schüler für einen Platz an der Flade anmelden, als diese zur Verfügung hat, soll im Sinne der Chancengleichheit ein Losverfahren zum Zuge kommen. Diese Regelung gilt wiederum auf die von der Stadt finanzierten Plätze.

Trotzdem anerkennen wir, dass die Flade mit ihrer Geschichte, ihrer Verwurzelung in der Bevölkerung sowie ihrer Lage im Herzen der Stadt eine wichtige Institution ist. Dennoch oder gerade deshalb sollte es der Flade ein Anliegen sein, sich den neuen Gegebenheiten zu öffnen und die Chance zu ergreifen, eine Schule, ohne Zugangskriterien zu werden. Andernfalls müsste aus Sicht der glp die Flade als Privatschule ohne finanzielle städtische Beteiligung weitergeführt werden. Wir sind gespannt, wie die Diskussion innerhalb des Katholischen Konfessionsteils (einige Landgemeinden möchten nicht mehr an diese „Stadtschule“ bezahlen) und zwischen dem Stadtrat und der Schulleitung ausgehen.

Von Daniel Rüttimann, Präsident Grünliberale Stadt St.Gallen

Erdgasanschlüsse sollen nicht im Widerspruch zum Energiekonzept 2050 realisiert werden

Die Grünliberale Partei (glp) der Stadt St. Gallen knüpft den Ausbau des Gasnetzes im Guggeien-Quartier an die Bedingung, dass die nachhaltigen Leitvorstellungen vom Energiekonzept 2050 der Stadt konsequent berücksichtigt werden.

Die dem Stadtparlament vorgelegte Vorlage sieht vor, eine Erdgas-Leitung von der Zilstrasse durch den Höchsterwald in das Guggeien Quartier zu verlegen. Sollte damit lediglich dem Wiedereinbau von Ölheizungen vorgebeugt werden, so ist dies ein kleiner Fortschritt. Die fossile Wärmeversorgung nach altem Muster für jedes Haus attraktiv zu machen, widerspräche jedoch dem mindestens auf dem Papier vorbildlichen Energiekonzept der Stadt St.Gallen, das den Anteil fossiler Brennstoffe von heute 90% auf weniger als 25% reduzieren will.

Gerade wenn die Geothermie ihren Beitrag nicht leisten kann und neue Gasleitungen geplant werden, so fordern die Grünliberalen ein entscheidendes Engagement der Stadtwerke für Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen (WKK-Anlage) und entsprechende Nahwärmeverbünde, auch im Quartier Guggeien. Wenn auch dabei der Energieträger vorerst fossil bleibt, so produziert eine WKK-Anlage immerhin wertvollen Winterstrom. Wenn Nahwärmeleitungen statt Gas zu den einzelnen Häusern geführt werden, kann die Wärmeversorgung nachfolgender Generation relativ einfach in den zentralen Heizungen Einzug halten. Beispielsweise mittels Biomasse-Verstromung, was bereits heute prüfenswert wäre.

Die Grünliberalen erachten den Ausbau von Gasleitungen nur dann als zweckmässig, wenn gleichzeitig sichergestellt wird, dass nicht Einzelhäuser sondern Heizzentralen mit Nahwärmenetzen angeschlossen werden. Zudem sollten die angeschlossenen Häuser einen Teil ihres Energiebedarfs mit Solaranlagen decken. In der Parlamentsvorlage vermissen die Grünliberalen fundierte Leitgedanken zu einer sauberen Energiezukunft und fordern, dass künftig Quartier-Energieversorgungskonzepte nur noch abgestimmt mit dem Energiekonzept 2050 entwickelt werden. Die Konkurrenzfähigkeit von Erdwärme- oder Biomasse-Systemen soll nicht durch ein fossiles Angebot untergraben werde

Von Sonja Lüthi, Stadtparlamentarierin Grünliberale Stadt St.Gallen

Stadt Wil

Grünliberale wählen neues Präsidium für den Wahlkreis Wil

Ein Führungswechsel bietet immer Chancen für neue, unkonventionelle Aktionen zur Verbreiterung der Parteibasis. Dies ist für die Grünliberalen im Wahlkreis Wil wichtig, da sie sich bis anhin hauptsächlich in der Stadt Wil etablieren konnten.

Nach dem per Ende 2013 eingereichten Rücktritt des ersten Präsidenten der Grünliberalen im Wahlkreis Wil, Daniel Gerber, konnte Werner Anderegg, Co-Präsident der Kantonalpartei, an der Mitgliederversammlung im Mai ein neues Führungsteam zur Wahl vorstellen.

Die neugewählte Präsidentin Andrea Katirci lebt mit ihrer Familie und ihren beiden Kindern in Zuzwil. Sie ist Betriebswirtschafterin HF und Leiterin Finanz und Administration in einem Alterszentrum. Für die Grünliberalen Wil koordinierte sie die Unterschriftensammlung für die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“.

Die als Vizepräsidentin gewählte Maria Seelhofer verfügt über einen Master-Abschluss der Universität Bern in Public Administration und arbeitet im Amt für öffentlichen Verkehr in St. Gallen. In Wil vertritt sie die Grünliberalen im Beirat zur Gemeindeordnung, und auf Kantonsebene engagiert sie sich in der glp-Fachgruppe Verkehr.

Mit dem neuen Führungsteam mit einer Präsidentin von ausserhalb der Stadt Wil ist die Hoffnung verbunden, die Grünliberalen auch in den anderen Orten des Wahlkreises zu etablieren. Das ist keine leichte Aufgabe, aber bis zu den nächsten Gesamterneuerungswahlen im Kanton kann das neue Präsidium zusammen mit dem Vorstand einiges erreichen.

Von Werner Anderegg, Vorstand Grünliberale Wahlkreis Wil



Wahlkreis Werdenberg

Der Mitgliederbestand und die Zahl der Sympathisanten der Grünliberalen im Werdenberg sind seit längerem sehr erfreulich.

Im letzten Monat konnte sich der Vorstand der Grünliberalen Werdenberg zudem neu konstituieren.

Für den Kontakt und die Belange mit den kommunalen Behörden zeichnet sich die Wahlkreispartei zuständig.

Mit neuem Elan und frischem Wind können nun die kommenden Wahljahre angegangen werden.

Ein Mitgliederanlass ist für den kommenden Herbst in Planung.

Der Vorstand setzt sich neu wie folgt zusammen:

Präsidium	Marcel Wessner, Grabs
Finanzen	Urs Scherrer, Grabs
Aktuar	Bruno Seifert, Gretschins

FACHGRUPPEN

Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung

Kiesgruben – Wo Ökologie und Ökonomie zusammentreffen

Wie funktioniert ein gutes Zusammenspiel zwischen der Ökonomie und der Ökologie? Am Beispiel der Kiesbaustelle Niederbüren der HASTAG St. Gallen Bau AG wurde dies den interessierten Mitgliedern der Grünliberalen Partei anschaulich aufgezeigt.

Dennoch Die zwei Vertreter der HASTAG St. Gallen Bau AG, Alex Germann und Marcel Santeler erklärten an der Führung, wie die Kiesgruben nach Abbauende wieder aufgefüllt und rekultiviert werden. Doris Hösli, Projektleiterin Natur und Umwelt vom Fachverband der Schweizerischen Kies- und Betonindustrie, zeigte auf der Kiesbaustelle wertvolle Lebensräume für Flora und Fauna. Diese entstehen entweder beiläufig beim Kiesabbau oder werden vom Bagger absichtlich geschaffen. Uferschwalben, die in der Schweiz ausserhalb von Kiesgruben kaum mehr brüten, graben ihre Höhlen in die Abbauwände. Gemäss den Ausführungen der Hastag werden während der Brutzeit an diesen Stellen der Kiesgruben keine Arbeiten verrichtet. Weitere seltene Arten, wie z.B. die Gelbbauchunke, der Teichrohrsänger oder die Sandschrecke finden auf den ökologischen Ausgleichsflächen mit Wassertümpeln und naturnahen Überläufen geeignete Lebensräume. Auch die Wasserbüffel eines nahegelegenen Landwirtschaftsbetriebs werden sich in Zukunft zu den Wasserstellen begeben können. Ein gutes Beispiel dafür, wie ein verantwortungsbewusstes Unternehmen und zweckmässige gesetzliche Rahmenbedingungen zu einem schonenden Umgang mit der Natur beitragen und dieser sogar etwas zurückgeben können.

Von Sonja Lüthi, Stadtparlamentarierin Grünliberale Stadt St.Gallen

AGENDA

Juli 2014

1. Juli 2014	Sitzung Stadtparlament St.Gallen
3. Juli 2014	Sitzung Stadtparlament Wil

August 2014

12 August 2014	Kantonale Vorstandssitzung
26. August 2014	Sitzung Stadtparlament St.Gallen
28. August 2014	Sitzung Stadtparlament Wil

September 2014

8.-26. September 2014	Session Bundesparlament
15.-17. September 2014	Session Kantonsrat
23 September 2014	Sitzung Stadtparlament St.Gallen
25. September 2014	Sitzung Stadtparlament Wil
28. September 2014	Abstimmungstermin

Oktober 2014

21. Oktober 2014	Sitzung Stadtparlament St.Gallen
28. Oktober 2014	Sitzung Stadtparlament St.Gallen

Aktuelle kantonale Volksinitiativen

Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle! (Prämienverbilligungsinitiative)»

Aktueller Stand: Initiativbegehren wurde am 20. März 2014 eingereicht. Es ist mit 6286 gültigen Unterschriften zustande gekommen.

Nächster Schritt: Bericht und Antrag der Regierung an Kantonsrat.

Initiative «Zukunft dank gerechter Vermögenssteuern (Steuergerechtigkeitsinitiative)»

Aktueller Stand: Initiativbegehren wurde am 20. März 2014 eingereicht. Es ist mit 6165 gültigen Unterschriften zustande gekommen.

Nächster Schritt: Bericht und Antrag der Regierung an Kantonsrat.

Quelle: http://www.abstimmungen.sg.ch/home/referenden_und_initiativen.html

IMPRESSUM

Der Newsletter der Grünliberalen Kanton Kanton St.Gallen, erscheint drei- bis viermal jährlich.

Ansprechperson Newsletter: Stefan Widmer, Parteisekretariat

Grünliberale Partei Kanton St.Gallen, Postfach 826, 9000 St.Gallen, www.sg.grunliberale.ch;

sg@grunliberale.ch Spendenkonto: 85-7873-1